



Presseinformation

Nr. 605/2011

Kiel, Dienstag, 06. Dezember 2011

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Günther Hildebrand, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin

Medien / Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Ingrid Brand-Hückstädt: Zustimmung mit Zähneknirschen

Zur heute beschlossenen Zustimmung der FDP-Landtagsfraktion zum 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag erklärt die medienpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Ingrid Brand-Hückstädt**:

„Wir haben lange mit uns gerungen, ob wir dem Staatsvertrag trotz der erheblichen Mängel zustimmen können. Ausschlaggebend war letztlich die zu befürchtende Beitragserhöhung um ca. einen Euro bei einem Scheitern des Vertrages. Wir wollen die Bürger entlasten und nicht mit weiteren Gebühren belasten.“ Mit Erhöhungen sei zu rechnen, da die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk (KEF) derzeit von einem Fehlbedarf von 560 Millionen Euro ausgehe, ARD und ZDF aber im Vorgriff auf das neue Gebührenmodell empfohlen habe, von einer Gebührenerhöhung vorerst abzusehen. „Scheitert der Staatsvertrag, sind demnach Gebührenerhöhungen zu erwarten. Das können wir nur verhindern, wenn wir zustimmen“, erklärt Brand-Hückstädt.

Insbesondere folgende Punkte des 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrages sieht die FDP-Fraktion kritisch:

1. die Verpflichtung von Vermietern und Wohnungsverwaltern auf Antrag der Landesrundfunkanstalt Daten ihrer Mieter weiterzugeben,
2. die zeitliche Begrenzung des Ankaufsverbotes von Adressdaten privater Personen durch die Landesrundfunkanstalten bis zum 31. Oktober 2014,
3. die zeitlich begrenzte Vergrößerung der GEZ um 400 Mitarbeiter und den geplanten Minimalabbau des Personals ab 2013 ,
4. die teilweise unverhältnismäßige finanzielle Belastung von Filialbetrieben,
5. die anfallende Gebühr für Kraftfahrzeuge, die einer Betriebsstätte zuzuordnen sind.

„Diese Kritik werden wir in einer Resolution gemeinsam mit der CDU-Fraktion in die Plenardebatte im Dezember einbringen, um zu dokumentieren, dass wir eine bürgerfreundliche Anwendung des Staatsvertrages erwarten“, so Brand-Hückstädt.

„Wir werden die finanziellen Auswirkungen des neuen Modells sehr genau verfolgen. Mögliche Mehreinnahmen müssen den Bürgern erstattet werden und der Kern der Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss wieder erkennbar werden“, fordert die Liberale. Diese Aufgaben müssten deshalb konkret definiert werden, was derzeit in der Kommission der Länder zur „Beitragsstabilität des öffentlichen Rundfunks“ geschehe, so Brand-Hückstädt abschließend.